

Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag **#sogehatsolidarisch** Ende März 2023

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Im Tarifkonflikt geht es vor allem um Beschäftigte mit eher kleinen Einkommen!

Foto: Ralf Lotys (Sicherlich), CC BY 4.0, via Wikimedia Commons

Liebe Leserin, lieber Leser,

zuletzt haben wir Streiks erlebt wie lange nicht mehr – und ebenso eine große Solidarität. Nun ist eine weitere Tarifverhandlungsrunde im öffentlichen Dienst gescheitert und **die Schlichtung** beginnt. Eines hoffentlich nicht fernen Tages wird es aber einen Abschluss geben. Die Staatsregierung muss schon jetzt dafür sorgen, dass die Kommunen ihre Beschäftigten dann besser bezahlen können. Geld ist da. **Es liegt aber in Dresden und gehört endlich in die Fläche!** Wer in Kitas, Krankenhäusern, bei der Feuerwehr, in der Pflege, bei der Abfallentsorgung oder bei Busunternehmen täglich unser Land am Laufen hält, soll wenigstens seine Kaufkraft erhalten können.

Inhaltsverzeichnis

1. Ostrenten-Härtefallfonds: Sachsen tritt nicht bei
2. Rätselraten um Rheinmetall-Rüstungsfabrik beenden!
3. Piwarz macht Sachsen als Arbeitgeber noch weniger attraktiv
4. Staatsregierung trödelt bei Härtefallhilfen für Öl, Pellets, Flüssiggas und Kohle
5. Das Deutschlandticket ist zu teuer, vor allem für junge Menschen
6. Kinder gehören in die Schule – Kultusminister Piwarz muss gegen Schulverweigerung vorgehen
7. Sozialwohnungsbau läuft schleppend – flexibler fördern!
8. Wieder mehr Menschen durch rechtsmotivierte Straftaten verletzt
9. Auch das gibt's

Ostrenten-Härtefallfonds: Sachsen tritt nicht bei



Sozialministerin Petra Köpping hatte beim Finanzminister Geld für Sachsens Beitritt zum Ostrenten-Härtefallfonds beantragt. Diesen Vorschlag hatte Rico Gebhardt ihr im Landtag gemacht. In derselben Sitzung stimmte die Koalition zum zweiten Mal gegen den entsprechenden Antrag der Linksfraktion, dass Sachsen wenigstens die symbolische Einmalzahlung verdoppelt, die ein kleiner Teil der

Betroffenen erhalten soll. Nun ist klar: Der Finanzminister stellt sich stur – mit Rückendeckung von Ministerpräsident Kretschmer. Die CDU verhindert sogar dieses kleine Stück Wiedergutmachung und pfeift auf die Interessen hunderttausender Ostdeutscher, die

um einen Teil ihrer erarbeiteten Rentenansprüche gebracht worden sind. Leistung muss sich lohnen? [Von wegen!](#)

Rätselraten um Rheinmetall-Rüstungsfabrik beenden!

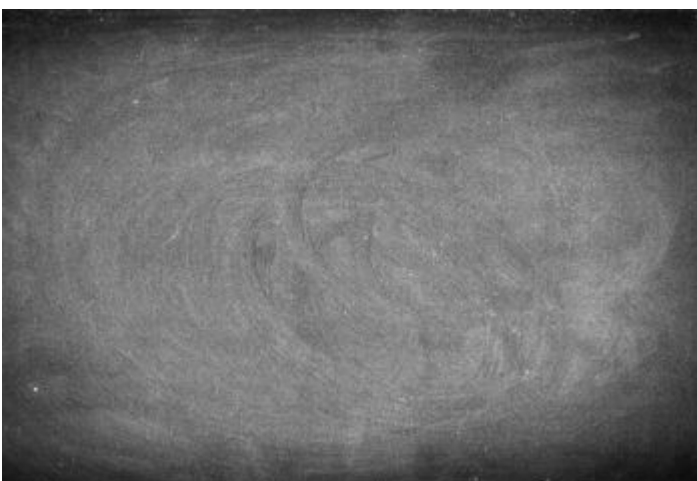


Photo: Sgt Si Longworth RLC (Phot)/MOD, OGL v1.0OGL v1.0, via Wikimedia Commons

Immer wieder gibt es [Berichte](#), dass Rheinmetall auf einem ehemaligen Militärflugplatz bei Großenhain eine Rüstungsfabrik bauen könnte. [Die Staatsregierung muss das Rätselraten beenden!](#) Sollten sich Rheinmetall und die Staatsregierung auf den Bau verständigen, dann verbietet sich jeder Jubel. Eine Rüstungsfabrik ist schließlich keine Ansiedlung wie jede andere, sondern sie ist mit Sicherheitsbedenken verbunden. Es ist legitim, den Bau einer Rüstungsfabrik

zu kritisieren!

Piwarz macht Sachsen als Arbeitgeber noch weniger attraktiv



[Das Kultusministerium plant unter anderem](#), weniger Lehrkräften Teilzeit zu gewähren. Wer damit liebäugelt, in Sachsen als Lehrkraft zu arbeiten, hat also die Aussicht auf noch mehr Belastung. Wir müssen stattdessen Druck aus dem System Schule und fordern einen anderen Weg. Der Lehrkräftemangel ist ein bundesweites Problem, das nur durch Kooperation statt Konkurrenz gelöst werden kann.

Sachsen muss [Verhandlungen für einen Staatsvertrag anstoßen](#). Das Studium selbst braucht dringend mehr Praxisbezug – [nicht nur dazu ist eine Grundsatzdebatte nötig](#).

Staatsregierung trödelte bei Härtefallhilfen für Öl, Pellets, Flüssiggas und Kohle



Ralph Oesker, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

Auch in Sachsen brauchen Haushalte, die mit den Kosten für Heizöl, Pellets, Flüssiggas oder Kohle überfordert sind, finanzielle Hilfe. Der Bund hat dafür 90 Millionen Euro bereitgestellt. Die Staatsregierung hat aber immer noch keine Möglichkeit geschaffen, das Geld zu beantragen – [anders als andere Bundesländer](#). Ministerpräsident Kretschmer und seine Regierung lassen die Betroffenen im Stich, während das [Hilfsprogramm für Unternehmen](#) bereits angelaufen ist. [Handeln Sie, Herr](#)

[Kretschmer!](#)

Das Deutschlandticket ist zu teuer, vor allem für junge Menschen

49 Euro im Monat für das Deutschlandticket sind kein Pappentier für junge Leute. Die sächsische Regierung muss mehr tun, damit sie alle mobil sein können – so [wie beispielsweise Bayern](#), das den Preis für Studierende auf 29 Euro senkt. Sachsen hat 2022 [einen Milliardenüberschuss](#) erzielt, Verkehrsminister Martin Dulig [will sich jetzt in Berlin für zehn Prozent Rabatt einsetzen](#) – das wären dann knapp fünf Euro Ersparnis für junge Menschen, die nicht nur besonders häufig, sondern auch besonders schwer von Armut betroffen sind. [Wir fordern mehr!](#)



Mirko Riemer, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

Kinder gehören in die Schule – Kultusminister Piwarz muss gegen Schulverweigerung vorgehen



Immer wieder gibt es Berichte über illegale Schulen – zuletzt in [Crimmitschau](#). Weitere Fälle gab es mindestens in [Grimma](#) und [Rechenberg-Bienenmühle](#), auch das Amtsgericht Marienberg [hat dazu verhandelt](#). Eltern verbauen Kindern den Lebensweg, wenn sie diese nicht in die Schule gehen lassen. Auch wenn Eltern am Ende Bußgelder zahlen

müssen, verlieren ihre Kinder Bildungschancen. [Das Kultusministerium muss handeln, statt nur die Landkreise auf deren Zuständigkeit hinzuweisen](#). Schulverweigerung ist nicht hinnehmbar.

Sozialwohnungsbau läuft schleppend – flexibler fördern!

2022 wurden in Sachsen 557 Sozialwohnungen fertiggestellt – damit summiert sich der Bestand auf 12.541. Diese Zahl klingt gut, aber: Alle Landkreise und Kreisfreien Städte [melden, dass bis 2025 insgesamt 11.940 zusätzliche Sozialwohnungen nötig sind!](#) Der Sozialwohnungsbau geht noch immer schleppend voran. [Wir sprechen uns dafür aus,](#)



zielgerichteter und breiter zu fördern.

Sozialwohnungen müssen möglichst lange Sozialwohnungen bleiben. In Berlin gibt es eine interessante Förderpraxis.

Wieder mehr Menschen durch rechtsmotivierte Straftaten verletzt



Die Zahl rechtsmotivierter Straftaten bewegt sich weiter um die Zweitausender-Marke. 2022 registrierte die Polizei 2.069 Delikte, für 2021 hatte die Statistik 1.878 Fälle ausgewiesen, 2020 waren es 2.117 gewesen. 80 Prozent sind „Propagandadelikte“, es gab aber auch mehr als 100 Sachbeschädigungen sowie 70 teils gefährliche Körperverletzungen. Dabei wurden mindestens 66 Menschen

verletzt, deutlich mehr als 2021 (47). Und: Neuerdings kommen die meisten politisch motivierten Straftaten nicht von rechts – jedenfalls auf dem Papier.

Auch das gibt's

Das gibt's nicht oft: Der sächsische CDU-Politiker Marco Wanderwitz – zuletzt Bundestagsabgeordneter, Parlamentarischer Staatssekretär und Ost-Beauftragter der Bundesregierung – hat verbal auf die CDU-Landtagsfraktion eingedroschen. Die hatte Sachsens Beteiligung am Ostrenten-Härtefallfonds verhindert (siehe oben). Das sei „ein Armutszeugnis“, so Wanderwitz: „Große Chance für weitergehende Schließung

← Tweet



Marco Wanderwitz 
@wanderwitz

Was für ein Armutszeugnis der Landtagsfraktion. Große Chance für weitergehende Schließung Gerechtigkeitslücke vertan. Und dann noch Falschbehauptungen. #Härtefallfonds ist kein materielles Rentenrecht. Beteiligung Länder war stets auch Position der Bundesregierung 2018-21. #Rente

Gerechtigkeitslücke vertan. Und dann noch Falschbehauptungen.“ Für das Rentenrecht sei eben nicht nur der Bund zuständig. Hört, hört!

Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 4935800
Fax: 0351 4935460
linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook
Folgen Sie uns auf X
Folgen Sie uns auf Instagram
Folgen Sie uns auf Youtube
Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:
Newsletter abbestellen